

Der Sieger von Tannenberg eine „Gefahr für den nationalen Willen“

Lubendorff gegen Hindenburg.

Im „Völkischen Kurier“ schreibt Lubendorff über Hindenburg und den Locarno-Vertrag u. a.:

„Ich habe bereits mit dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg Ehre und Ruhm geteilt, und — ich darf es aussprechen — seinen Ruhm erhöht. Heute kämpft sich mein deutsches Herz zusammen, wenn ich sehe, wie der Generalfeldmarschall im Begriff ist, seinen Ruhm zu opfern; und er ist gepörrt, wenn sein Name unter dem Dokument der Schande und Unehre steht. Dieser die Stellung preisgeben, als Ruhm und Ehre und die eigene große Vergangenheit, das ist deutsche Art. Noch mehr scheint es deutsche Art, wenn von dem Generalfeldmarschall der Kampf aufgenommen würde gegen diesen Vertrag der Unehre und Verflüchtigung.“

Weiter sagt Lubendorff: „Sollte allerdings der Reichspräsident die Locarno-Politik für richtig ansehen, dann muß jeder deutsche Mann, der noch nicht mit schwarz-rot-gold verflucht ist, oder sich allein dem Gott Mammon verschrieben hat, sein Haupt verhängen. Dann ist die Reichspräsidentenschaft des Generalfeldmarschalls eine Gefahr für den nationalen Willen geworden.“

Endlich heißt es dann weiter in dem Artikel Lubendorffs: „Der Name des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg gehört nicht darunter (unter den Vertrag). Das ist der Generalfeldmarschall zum mindesten seinen eigenen Mitkämpfern schuldig. Wir erwarten, daß der Feldmarschall nicht unterschreibt, sondern kämpft.“

Die Dresdner Alldutschen an Hindenburg.

Die Ortsgruppe Dresden des Alldutschen Verbandes veranstaltete vorgestern einen „Protest“ gegen Locarno. Folgende Entschließung wurde angenommen: „Zweitausend hier versammelte deutsche Männer und Frauen Dresdens beschwören ihren Generalfeldmarschall, der in hundert Schlachtensiegen gegen mehr als die halbe Welt Sieg um Sieg gewonnen hat, auch in der Schlacht von Locarno der deutschen, schwer bedrohten Ehre den Sieg zu verhängen durch sein Nein! Der Wille von Millionen Deutschen, um keinen Preis und in keiner noch so verkleideten Form deutschen Boden und deutsche Stammesbrüder preiszugeben, wird auf Leben und Tod hinter diesem Nein stehen.“

New York, 20. Nov. „Chicago Tribune“ schreibt in einem Leitartikel: Die Haltung Hindenburgs zu den Locarno-Verträgen zeige, daß er die Wohlfahrt des Landes über Parteinteressen stelle. Es sei der Zeitpunkt gekommen, die bei der Wahl Hindenburgs wegen seines hohen Alters, seiner militärischen Vergangenheit und seiner Parteigebührigkeit von deutschen und ausländischen Politikern gedrückte Zweifel an seinen politischen Fähigkeiten zu revidieren. Hindenburg stehe mit der Tat zu seinem bei der Aufstellung seiner Kandidatur gegebenen Versprechen, über den Parteien zu stehen. Das Volk habe ihn gewählt trotz der Skepsis seiner politischen Führer. Das Vertrauen des Volkes sei nicht gestürzt worden. Hindenburg habe sich als ein Mann von Charakter erwiesen, der Wort halte. Er habe den militärischen Grundgedanken der Eingabe für Vaterland und Ehre zum Grundgedanken seiner Politik gemacht. Wie seinerzeit George Washington verabschiedete er die kleinen Menschen, die ihre eigenen Vorteile über die Nation stellten. Die Wahl Hindenburgs sei eines der mysteriösen Geschehnisse der Geschichte, wo ein Volk aller Skepsis zum Trotz aus ursprünglichen Empfindungen heraus die Größe eines Mannes erkenne.

Rücktritt des Memel-Direktoriums.

Memel, 20. Nov. Wie das „Lampfboot“ meldet, hat der Präsident des Direktoriums des Memelgebietes Vorherr dem Gouverneur sein Rücktrittsgesuch überreicht. Gleichzeitig haben auch die übrigen Mitglieder des Direktoriums demissioniert. Der Gouverneur hat den Rücktritt angenommen.

Erleichterungen für politische Versammlungen im besetzten Gebiet während des Wahlkampfes.

Koblenz, 20. Nov. Anlässlich des bevorstehenden Wahlkampfes für die Neuwahlen zum Provinziallandtag und den Kreistagen regte der Oberpräsident der Rheinprovinz bei der Interalliierten Rheinlandkommission an, für die Wahlversammlungen Befreiung von der Vorschrift der Verordnung 8 Artikel 16 zu erteilen, wonach im besetzten Gebiet politische Versammlungen 48 Stunden vor Beginn der Besatzungsbehörde angezeigt sind. Die Rheinlandkommission kam dieser Anregung nach, indem sie als besondere Maßnahme für die Zeit vom 13. d. M. bis zu dem Tage der Wahlen einschließlich die Anmeldefrist für Wahlversammlungen in den Garnisonsstädten auf 24 Stunden herabgesetzt und in anderen Orten Anmeldefrist überhaupt fallen lassen hat. Es ist zu hoffen, daß diese Regelung die Durchführung des Wahlkampfes auf dem flachen Lande erleichtern wird.

Freigabe der Funkentelegraphie im besetzten Gebiet.

Koblenz, 21. Nov. Die Verordnung der Rheinlandkommission über drahtlose Telegraphie, die am 1. Dezember in Kraft tritt, bestimmt u. a.: Auf Grund des Art. 11 des Rheinlandabkommens, der ausschließlich den Militärbehörden die Vollmacht gibt, Genehmigungen zur Errichtung funktentelegraphischer Anlagen im besetzten Gebiet zu erteilen und in Erwägung dessen, daß die Oberbefehlshaber der Besatzungsarmee die Absicht bezeugen, grundsätzlich den Gebrauch funktentelegraphischer Empfangsapparate zuzulassen, vorbehaltlich der Beobachtung eines Verfahrens, das geeignet ist, die Sicherheit der Armee zu gewährleisten, wird angeordnet:

net: Besuche um Erlaubnis zur Anlage funktentelegraphischer Empfangsapparate sind an die zuständigen deutschen Behörden zu richten. Die von den deutschen Behörden erteilten Genehmigungen oder Genehmigungslisten sind aber erst dann gültig, wenn sie entweder einzeln oder in Bausch und Bogen von den Militärbehörden gegengezeichnet sind, die die Ermächtigung dazu durch die Oberbefehlshaber besitzen. Eine zweite Ausfertigung der Genehmigungen muß in den Händen der oben genannten Militärbehörden verbleiben.

Künftige Unterbringung der französischen Gendarmerie.

Koblenz, 21. Nov. Die Gerüchte, daß mit dem Ausbau der Besatzungsarmee auch die französische Gendarmerie in die Heimat abtransportiert würde, trifft, wie Wolffs westdeutscher Provinzialdienst von authentischer Seite erfährt, nicht zu. Die Gendarmerie wird nach wie vor der Besatzungsarmee unterstellt bleiben. Als Unterkunftsorte kommen Garnisonen in Frage. Die Verwendung und die Aufgaben der Gendarmerie werden sich mit denjenigen, die seinerzeit die amerikanische Militärpolizei innehatte. Die Patrouillen und Streifen werden auch für die Zukunft beibehalten werden.

Vom Reichskommissariat für die besetzten Rheinlande.

Koblenz, 21. Nov. Das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete wird, wie Wolffs westdeutscher Provinzialdienst erfährt, als Dienstgebäude das Generalkommando am Kastorhof erhalten, worin es bereits vor dem passiven Widerstand untergebracht war, nachdem nunmehr die französische Besatzung das Gebäude freigegeben hat. Wie weiter verlautet, wird die gesamte Abteilung des Reichsministeriums nach hier verlegt, um als Reichskommissariat in Tätigkeit zu treten. Der Tag des Eintreffens des Reichskommissars und seiner Beamten ist noch nicht bekannt.

Zur parlamentarischen Lage.

Berlin, 21. Nov. Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt: Die Mitteilungen, die der Reichsanwalt gestern den Parteiführern gemacht hat, lassen erkennen, daß das Kabinett durchaus bereit ist, die innere Politik wieder zu ihrem Rechte kommen zu lassen, wenn die außenpolitische Frage ihre Lösung gefunden hat. Vielleicht werde in unverbindlichen Besprechungen der Boden im Parlament auch innerpolitisch jetzt schon etwas sondert. Eine Entscheidung werde aber vor der Abstimmung über Locarno von keiner Partei gesucht. Ueber das vermutliche Abstimmungsergebnis schreibt die Zeitung, daß außer den Deutschen, den Völkischen und den Kommunisten alle Fraktionen voraussichtlich für den Vertrag stimmen werden. Im Laufe des Vormittags werde der Reichskanzler die Fraktionsführer empfangen, um ihnen die Richtlinien vorzulegen, die das Kabinett den deutschen Delegierten auf den Weg gegeben hat. Wie das Blatt wissen will, sind die Richtlinien von den Delegierten mit vollem Erfolg eingehalten worden mit Ausnahme der Saarfrage und der Luftschiffahrt. Ueber die Frage der Luftschiffahrt schweben zurzeit Verhandlungen, bei denen Deutschland völlige Gleichberechtigung besitzt und die eine unseren Interessen entsprechende Lösung herbeiführen werden. Die Vorbelegung der Abstimmung im Saargebiet soll auf den eigenen Wunsch der Saarländer erst angestrebt werden, wenn die Frage der Währungsreform geregelt ist. Auch in diesen beiden Punkten schloße also die Frage keineswegs mit einem Minus ab. In allen anderen Punkten sei jedoch das Programm erreicht, ein Programm, das, wie das Blatt ausdrücklich bemerkt, mit Billigung und unter Mitarbeit der deutschnationalen Mittel- und Rechten entstanden ist.

Beratungen der Fraktionen.

Berlin, 21. Nov. Den Blättern zufolge hat die demokratische Reichstagsfraktion gestern nachmittags eine mehrstündige Sitzung abgehalten, in der allgemein zum Ausdruck kam, daß die Fraktion nach wie vor eine Koalition der Mitte als Mittel zur Lösung der gegenwärtigen Krise als unerträglich ansehen müsse. Die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei, die ebenfalls Fraktionsitzungen abhielten, wollen sich erst entscheiden, wenn die Locarno-Befehle wirklich vorliegen, die voraussichtlich heute veröffentlicht werden sollen.

Urteilsverkündung im Dolchstoßprozeß am 9. Dezember.

München, 20. Nov. Nach Unstodhiger Tauer und 24 Verhandlungstagen ist der Prozeß Gohmann-Gruber heute zu Ende gegangen. Die Urteilsverkündung wurde auf den 9. Dezember vormittags 10 Uhr festgesetzt.

Lochur für Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz.

Der ehemalige französische Minister und Großindustrielle Douceur hat dem Pariser Korrespondenten der Industrie- und Handelszeitung ein Interview gewährt, in dem er u. a. ausführte: Wenn man den Frieden stabilisieren will, müssen die Grundlagen, auf denen er errichtet werden kann, erweitert werden. Nachdem zwischen den europäischen Völkern die politische Einheit gefunden wurde, wird nunmehr die Aufgabe darin bestehen, Mittel zur internationalen wirtschaftlichen Verständigung zu suchen. Dies ist umso nötiger, als gerade in dem Augenblicke, in welchem man in Genf einen großen Versuch zu einer internationalen Zusammenarbeit unternimmt, bei allen Völkern sich der Wille bemerkbar macht, ihre Grenzen so dicht wie möglich vor fremder Einfuhr abzuschließen. Die große Arbeit des wirtschaftlichen Niederaufbaues muß mit der Einberufung einer internationalen Wirtschaftskonferenz beginnen, deren Aufgabe es sein wird, die Weltwirtschaft zu befestigen.

stitten internationalen Abkommens liegen würde — solches ist gänzlich unmöglich — sondern welche Feststellungen über gewisse Grundzüge, die Bestimmung einer Methode für die internationale Zusammenarbeit und das Studium der Bedeutung und Notwendigkeiten gewisser Produktionszweige zum Gegenstand haben. Wenn man z. B. die Kohlenfrage betrachtet, so muß man feststellen, daß alle Vorkommen auf diesem Gebiete durch einen Förderungsüberschuß von höchstens 15 Millionen Tonnen verursacht worden sind. Sollte es nicht möglich sein, durch gemeinsame Beratungen Erzeugung und Absatz in Einklang zu bringen und auf diese Weise solche Vorkommen zu befestigen? Wehnlische Fälle lassen sich für viele andere Industriezweige anführen. Hinsichtlich der technischen Durchführung der Konferenz ist zu sagen, daß die Organe des Völkerbundes selbstverständlich weitgehend vertreten sein müssen, daß es aber zugleich unerlässlich ist, auch andere Personen zur Mitarbeit heranzuziehen, um frisches Blut in diese Körperschaft hineinzubringen. Ebenso kann die Konferenz nur dann Erfolg haben, wenn alle Nationen an ihr teilnehmen. Auch zu den Arbeiten des vorbereitenden Komitees müssen alle Konferenzstaaten herangezogen werden. So schwer diese Arbeit auch ist, die Stunde scheint der Verwirklichung dieser Ideen günstig zu sein.

Die italienische Anleihe in Amerika viermal überzeichnet.

New York, 20. Nov. Die Dreiprozentige italienische Staatsanleihe im Betrage von 100 Millionen Dollar, rückzahlbar am 1. Dezember 1931 wurde heute zur Zeichnung aufgelegt und zu 94 1/2 Prozent verkauft. Sie wurde schätzungsweise viermal überzeichnet.

Die U-Bootsfrage vor dem japanischen Parlament.

Tokio, 20. Nov. Das Kabinett hat in seiner letzten Sitzung in dringlicher Form die Frage der Abschaffung der Unterseeboote erörtert. Obwohl man dem Plan sympathisch gegenübersteht, hält man ihn doch solange für undurchführbar als nicht alle Mächte der Abschaffung der U-Boote zustimmen, was in Tokio für zweifelhaft gehalten wird.

Anerkennung der neuen persischen Regierung.

Berlin, 20. Nov. Die persische Gesandtschaft teilt mit, daß bisher die folgenden Mächte die neue persische Regierung anerkannt haben: Vereinigte Staaten von Amerika, Großbritannien, Deutschland, Italien, Belgien, Neuholland, Polen, Sowjetrußland, die Türkei und Afghanistan.

Marokkokriegsbericht.

Paris, 20. Nov. Havas meldet aus Mekka: Vorgestern nacht haben Aufständische versucht, sich den Häusern von Abdic zu nähern, die von den spanientreuen Eingeborenen unter dem Raib Solima besetzt sind. Es ist zu einem Kampf gekommen, bei dem die Angreifer in die Flucht geschlagen wurden. Die Feinde haben zahlreiche Tote und Verwundete, sowie Kriegsmaterial verloren.

Der Reichspräsident an den Londoner Press-Club.

Berlin, 20. November. Anlässlich eines Diners, das der Londoner Press-Club den Gesandten der Mächte, die an dem Locarno-Vertrag beteiligt sind, in London gab, sandte die Reichspräsident ebenfalls wie an den König von England und die andern Staatsoberhäupter auch an Reichspräsident von Hindenburg ein Begrüßungsgramm, in dem sie den Wunsch ausdrückte, daß aus den Räten und Sorgen der Vergangenheit eine neue Epoche gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Verständnisses zwischen den verschiedenen Nationen entstehen möge.

In Auftrage des Herrn Reichspräsidenten antwortete Staatssekretär Wehner mit folgendem Telegramm:

„Der Herr Reichspräsident von Hindenburg läßt für das freundliche Telegramm vom 18. November seinen besten Dank ausdrücken. Auch er hegt den tiefen Wunsch, daß aus den Verhandlungen von Locarno ein neuer Geist gegenseitiger Achtung und Versteherwollens unter den Nationen entstehen möge. Für die Verbreitung dieses neuen Geistes zu sorgen, ist die hohe und edle Mission der Presse.“

Königin-Mutter Alexandra schwer erkrankt.

London, 20. Nov. Der heute morgen 8 Uhr ausgegebene ärztliche Bericht teilt mit, daß die Königin-Mutter Alexandra eine ruhige Nacht verbracht hat, doch ist ein erheblicher Kräfteverlust eingetreten und der Zustand der Kranken ist auch weiterhin äußerst ernst.

Der Nachmittagsbericht besagt: Die Königin-Mutter Alexandra hat einen neuen Herzanfall erlitten. Ihr Zustand ist ernst.

Die Kirche im Rheinland gegen den Karneval. Nachdem Kardinal-Erzbischof von Köln Dr. Schulte zur Kotlage und gegen den Karneval in einem Erlaß Stellung genommen hat, läßt auch das Presbyterium der Kölner evangelischen Gemeinde einen Aufruf an die Gemeindeglieder ergehen, der von einer Beteiligung am Karneval abmahnt.

Wohnungstausch und Wohnungsamt.

Der Wohnungstausch ist grundsätzlich frei gegeben. Jeder Mieter einer selbständigen Wohnung darf diese mit der Wohnung eines anderen Mieters tauschen. Erforderlich ist lediglich die Zustimmung der beiden Vermieter, die durch das Mietvertragsamt erteilt werden kann. Die neuen Mietverträge sind zwar noch dem Wohnungsamt zur Genehmigung vorzulegen, das Wohnungsamt muß jedoch die Genehmigung erteilen, wenn selbständig benutzte Wohnungen getauscht werden sollen und die Vermieter zugestimmt haben. In innerhalb von 14 Tagen ein Verzeichnis des Wohnungsamtes nicht erlangen, so gilt die Genehmigung als erteilt. Es empfiehlt sich daher, daß Mieter, die aus irgendwelchen Gründen eine andere Wohnung suchen, in erster Linie den Versuch machen, diese im Wege des Tausches zu erhalten.